

PLENUM 2020



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Die Grundrente wurde im Bundeskabinett beschlossen

MARTINA STAMM-FIBICH:

Aktuelle Stunde zum Corona-Virus

CARSTEN TRÄGER:

Politischer Aschermittwoch: Solidarität im Rampenlicht

GABRIELA HEINRICH:

Willy Brandts Nord-Süd-Bericht wird 40 Jahre alt

Die Grundrente kommt

Das Bundeskabinett hat die Grundrente beschlossen: 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner werden einen spürbar schwereren Geldbeutel haben.

Eine ganz zentrale Forderung der SPD wird jetzt umgesetzt. Nach langen Verhandlungen und zum Teil sehr viel Streit haben wir der Union die Grundrente abgerungen. Damit sorgen wir dafür, dass der Sozialstaat eines seiner Kernversprechen hält:

Wer jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll im Alter besser dastehen. Das halten wir für gerecht, und das halten wir für wichtig. Einem reichen Land wie Deutschland steht es gut zu Gesicht, sich das zu leisten. Auch diejenigen, die heute noch im Erwerbsleben stehen, werden später etwas davon haben.

Der Kompromiss zur Grundrente sieht so aus: Die Rente erhöht sich um einen Zuschlag, wenn die Versicherten mindestens 33 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können. Hierbei handelt es sich um Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Arbeit, Kindererziehung und Pflege Tätigkeit.

Das Ganze mit einem Rechenbeispiel verdeutlicht, auch wenn das Plus nicht in jedem Fall so groß ausfallen wird: Eine Floristin hat 40 Jahre voll gearbeitet. Sie hat etwa 40 Prozent des Durchschnittslohns verdient. Derzeit bekommt sie 528,80 Euro Rente, mit der Grundrente erhöht sich das auf 933,66 Euro. Als Bedingung gibt es hier nur eine Obergrenze sonstiger Einkommen: Zum Beispiel darf die Floristin bzw. jetzt Rentnerin nicht



Für Arbeitsminister Hubertus Heil ist die Grundrente "ein richtiger und wichtiger sozialpolitischer Schritt und ein notwendiger Beitrag im Kampf gegen Altersarmut." Foto: bm

durch Pensionen, Vorsorge-Erträge, Mieteinnahmen oder Ähnliches monatlich bereits über 1250 Euro im Monat erhalten.

Ganz wichtig ist: Die SPD hat über den Koalitionsvertrag hinaus durchgesetzt, dass nicht die Vermögensverhältnisse überprüft werden. Niemand braucht sich also Sorgen zu machen, dass die Grundrente wegen Wohneigentum oder dem mühselig und über Jahre gefüllten Sparstrumpf entfällt. Geprüft wird neben dem eigenen aber auch das Partnereinkommen – auf

Wunsch von CDU und CSU. Letzteres wird leider zusätzliche Bürokratie verursachen und wir hätten darauf gerne verzichtet, zumal wir in der Grundrente einen eigenen Anspruch sehen, unabhängig von Ehemann oder Ehefrau. Wer 33 Jahre Grundrentenzeiten vorweisen kann, soll einen Freibetrag in der Grundsicherung erhalten. Langjährig Versicherten steht damit monatlich in jedem Fall mehr zur Verfügung als der aktuelle Grundsicherungsbedarf.

Zudem wird ein Freibetrag beim Wohngeld eingeführt. Damit wird verhindert, dass auf der einen Seite die Grundrente hinzukommt, auf der anderen Seite aber das Wohngeld entfällt.

Von der Grundrente werden besonders Frauen profitieren – sowie Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern. Frauen haben während ihres Arbeitslebens oft wegen der Kinder nur Teilzeit gearbeitet oder in weniger gut bezahlten Berufen (Stichwort Lohnlücke). Die Versicherten im Osten haben oft besonders lange gearbeitet, mitunter aber zu vergleichsweise niedrigen Löhnen.

Die Grundrente wird nicht alle Probleme der Altersarmut auf einen Schlag lösen. Aber sie ist ein Beitrag dazu! Eine starke gesetzliche Rente für Alle und die Sicherung des Rentenniveaus heute und morgen bleiben unser erklärtes Ziel.



Aktuelle Stunde zum Corona-Virus

Deutschland ist gut vorbereitet, aber die Situation bleibt weiterhin unübersichtlich. Schwerpunkt muss die Aufklärung der Bevölkerung bleiben.

In der aktuellen Stunde zum Corona-Virus diskutieren die Abgeordneten die Auswirkungen von Covid-19 auf Deutschland. Die Behörden erhielten viel Lob für ihr Krisenmanagement, gleichzeitig wurde deutlich, dass Arzneimittellieferengpässe drohen.

Covid-19 dominiert aktuell die Medienberichterstattung und ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein Grund zur Sorge. Obwohl es derzeit etwa 150 Infizierte in Deutschland gibt, ist es bislang gelungen eine schnelle Ausbreitung des Virus zu verhindern. Es hat sich gezeigt, dass die Pandemiepläne und Sofortmaßnahmen der verantwortlichen Gesundheitsbehörden gut funktionieren.

Wir müssen allerdings damit rechnen, dass die Zahl der Erkrankten in Deutschland weiter ansteigen wird. Gleichzeitig müssen wir alles dafür tun, um die Verbreitung des Virus zu verlangsamen. So gewinnen wir Zeit, um das Virus entsprechend zu analysieren und weitere Gegenmaßnahmen zu treffen.

Der Schwerpunkt muss jetzt auf der Aufklärung der Öffentlichkeit liegen, um Gerüchten und Spekulationen das Wasser abzugraben. Rassistische und diskriminierende Vorfälle, wie sie im Zusammenhang mit Covid-19 bereits passiert sind, dürfen sich nicht wieder-



holen. Neben den unmittelbaren gesundheitlichen Risiken, die Covid-19 mit sich bringt, bahnen sich möglicherweise Arzneimittellieferengpässe in Deutschland an. Die Produktionsstopps, die in Teilen der chinesischen Wirtschaft stattfinden betreffen auch die pharmazeutische Industrie.

Nach neuesten Informationen ist die Produktion von 48 versorgungsrelevanten Wirkstoffen betroffen. Dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zufolge gibt es bislang noch keine Lieferengpässe durch Covid-19. Angesichts der Dynamik der Lage sollten wir jedoch nicht davon ausgehen, dass das so bleibt.

In den letzten Jahrzehnten haben sich China und Indien aus verschiedenen Gründen zu den weltweit größten Exporteuren von medizinischen Wirk- und Ausgangsstoffen entwickelt. Es ist Fakt, dass die Arzneimittelversorgung in Deutschland von chinesischen Herstellern abhängig ist.

In der jetzigen Situation müssen wir uns fragen, wie stark diese Abhängigkeit ausgeprägt sein soll. Und wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir diese Abhängigkeit reduzieren können. Das Thema muss deshalb ganz weit nach oben auf der Prioritätenliste für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Politischer Aschermittwoch: Solidarität im Rampenlicht

Der Aschermittwoch ist ein fester Termin im politischen Jahreskalender. Mit Saskia Esken in Vilshofen und Lars Klingbeil in Zirndorf haben dieses Jahr zwei hochkarätige Redner die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes eingeläutet.

Der Wolferstetter Keller in Vilshofen und die Zirndorfer Paul-Metz-Halle waren brechend voll. Aus ganz Bayern kam das Publikum, um in bewegten Zeiten die Bundesvorsitzende der SPD und den Generalsekretär zu hören.

„Der Feind steht rechts“, machte Saskia Esken eindringlich klar: „Der rechte Terror bedroht unseren Staat und unsere Demokratie. Er hat einen ideologischen Nährboden und der heißt AfD.“ Lars Klingbeil forderte entsprechende Konsequenzen: „Die gesamte AfD muss endlich vom Verfassungsschutz beobachtet werden“, so der SPD-Generalsekretär, „und jemand wie Björn Höcke kann nicht als Beamter im Staatsdienst bleiben.“

Die Wahl in Hamburg, da waren sich beide einig, hat gezeigt, dass es eine Sehnsucht nach einer starken SPD gibt, und dass die SPD ein Potential weit über den aktuellen Umfragen hat. „Umfragen sind das eine“, so Klingbeil, „aber vor der Wahl fragen sich die Menschen, wer denn wirklich Verantwortung übernehmen soll in diesen Zeiten.“ Deshalb muss wieder klar deutlich werden, wofür die SPD steht – so wie es in den Wochen nach der gemeinsamen Wahl Thomas Kemmerichs durch CDU, FDP und AfD in Thüringen gelungen ist. „Für uns ist unumstößlich klar: Es darf keine Zu-



sammenarbeit mit der AfD geben“, bekräftigte Klingbeil. „Wir haben keine Freude an der aktuellen Instabilität in der Union“, stellte Esken klar, „aber sie muss ihr Verhältnis nach Rechtsaußen klären. Wir werden nicht mit einer Partei koalieren, die nicht weiß, wo der Feind steht.“

Nach dem Scheitern des Neoliberalismus muss die SPD „die Solidarität wieder ins Rampenlicht stellen“, so Esken. „Mehr Sozialdemokratie wäre der passende Spruch für das kommende Jahrzehnt.“ Beide freuten sich über die Ergebnisse des letzten Parteitags. Die SPD ist die einzige Partei, die ein Konzept für die Zukunft des Sozialstaats hat. Es zeigt, „dass unser Menschenbild geprägt ist von Vertrauen und Emanzipation“. Der Staat muss Partner der Menschen sein und ihnen auf Augenhöhe begegnen, so Esken. Auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer hat sich die SPD im Dezember auf die Fahnen

geschrieben: „Wer, wenn nicht die SPD kümmert sich denn darum, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter und immer schneller auseinandergeht?“, so Klingbeil. Die reichsten 10% in Deutschland besitzen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens; die ärmere Hälfte der Bevölkerung hat dagegen nur einen Vermögensanteil von 1,3%. „Zu dieser Hälfte gehören die, die trotz Arbeit vor einem existentiellen Problem stehen, wenn der Kühlschrank oder das Auto kaputt gehen.“ Die SPD gönnt jedem seinen wirtschaftlichen Erfolg, aber alle müssen sich gemäß ihrer Kraft an den Investitionen in unser Land und in den Zusammenhalt der Gesellschaft beteiligen.

„Die SPD“, so Klingbeil, „war die Partei, die als erste eine Vision hatte, wie die Industrialisierung für die Menschen gestaltet werden muss. Jetzt werden wir die Partei sein, die auch die Digitalisierung für die Menschen gestaltet.“

„Die SPD kann mehr und will mehr“, zog Esken ihr Fazit. „Die Wahl in Hamburg war ein Schritt, eure Kommunalwahlen in Bayern sind der nächste“, bekräftigte Klingbeil. „Die SPD gewinnt Wahlen. Und ihr zeigt höchst erfolgreich, was es den Menschen bringt, wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung tragen!“



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Sozialdemokratische Ziele für Entwicklung

Willy Brandts Nord-Süd-Bericht wurde 40 Jahre alt. Die Lage auf der Welt zeigt heute, dass die 1980 präsentierten Ergebnisse aktueller sind denn je.

Vor 40 Jahren hat Willy Brandt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den "Nord-Süd-Bericht" vorgelegt. Der Bundestag hat jetzt in einer Debatte zum Thema "Mit Entwicklungspolitik Zukunft gestalten" diesen Bericht als Meilenstein in der Geschichte der internationalen Zusammenarbeit gewürdigt.

Ich erinnere mich noch gut an diese Zeit damals Ende der 70er Jahre und Anfang der 80 Jahre. Viele Menschen

von dem vorweg, was wir heute als SDGs kennen – Sustainable Development Goals, die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die 2015 verabschiedet wurden. Diese gelten für alle Staaten, für Süd und Nord, für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen. Und wenn ich eines als Außenpolitikerin gelernt habe, ist es das: Die globalen Herausforderungen betreffen uns alle (zum Beispiel Klimakatastrophe und 70 Millionen Flüchtlinge auf der Welt), und

Gestaltung der Globalisierung. Verträge müssen Umwelt- und Klimaschutz, Arbeits- und Sozialstandards, Gleichstellung und Menschenrechte nicht nur festschreiben, sondern auch wirkungsvoll um- und durchsetzen. Über das Lieferkettengesetz habe ich ja das letzte Mal hier geschrieben, auch das ist hier zu nennen.

Nachhaltige Entwicklung des globalen Südens heißt, Armutsbekämpfung und Friedensförderung immer zusam-

"Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen"

engagierten sich in entwicklungspolitischen Initiativen. Vor allem junge Menschen waren begeistert von den mehr oder weniger neuen Ideen globaler Solidarität und des Friedens. Der Nord-Süd-Bericht hat deutlich gemacht: Wer die Herausforderungen dieser einen Welt meistern will, der kommt um globale Solidarität nicht herum. Armutsbekämpfung und Frieden funktionieren nur durch Zusammenarbeit aller Staaten.

Der Nord-Süd-Bericht nahm Vieles

nur zusammen werden wir etwas verbessern können.

Anfangen müssen wir bei uns selbst. In Deutschland müssen wir mehr tun für die Armutsbekämpfung, für Armutsprävention, für die Gleichstellung der Geschlechter. Und natürlich beim Klimawandel. Aber die SDGs geben uns auch vor, dass wir mit unserem Handeln die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern nicht gefährden dürfen. Ein Beispiel: Wir brauchen gute und faire Handelsabkommen zur

menzudenken. Diese Erkenntnis ist sowohl Teil unserer Entwicklungszusammenarbeit als auch unserer Außenpolitik, und dafür suchen wir weltweit Verbündete. Entwicklung hat nur eine Chance, wenn Konflikte befriedet werden. Umgekehrt lassen sich neue Konflikte nur verhindern, wenn die extreme Armut verschwindet. Alles das hat uns Willy Brandt auf den Weg gegeben. Und alles das sagen uns auch die SDGs. Die SPD arbeitet weiter für deren Verwirklichung. Für uns sind die SDGs die Social Democratic Goals!